



Protokoll 11. Vollversammlung Regionalkonferenz Zürich Nordost

Datum / Zeit	Donnerstag, 15. Mai 2014 19.00 Uhr bis 21.30 Uhr
Ort	Ausbildungszentrum Andelfingen, 8450 Andelfingen
Traktanden	<ol style="list-style-type: none">1. Begrüssung / Start der Veranstaltung2. Wahl der Stimmenzähler3. Abnahme Protokoll der 10. Vollversammlung vom 25.01.20144. Informationen aus der Fachgruppe SÖW5. Planungsstudie der Nagra – Möglicher Standort einer Oberflächenanlage6. Fragen und Diskussion im Plenum7. Regierungsrat Markus Kägi8. Podiumsdiskussion mit RR Markus Kägi, Jürg Grau, Barbara Nägeli und Jürg Rasi9. Einbezug der Delegierten10. Varia
Anwesend	Gemäss Unterschriftenliste 73 Stimmberechtigte Mitglieder (Gesamte Mitgliederzahl: 107)
Gäste	Regierungsrat Markus Kägi Markus Fritschi, Nagra Stefan Jordi (BFE) Thomas Fries (Nagra) Thomas Flüeler, Kanton Zürich Iwan Stössel, Kanton Schaffhausen Joachim Heierli, Kanton Schaffhausen Jürg Hertz, Kanton Thurgau
1. Begrüssung / Start der Veranstaltung <p>Der Vorsitzende, Jürg Grau, Präsident der Regionalkonferenz Zürich Nordost, begrüsst die anwesenden Mitglieder und Gäste. Nur Mitglieder mit Stimmkarte sind stimmberechtigt. Die Einladung wurde zusammen mit den übrigen Unterlagen in Papierform verschickt. Es wird keine Änderung der Traktandenliste gewünscht.</p>	
2. Wahl der Stimmenzähler <p>Als Stimmenzähler werden gewählt: Martin Günthardt, Gemeindepräsident Ossingen Martin Zuber, Gemeindepräsident Waltalingen</p>	



3. Abnahme Protokoll der 10. Vollversammlung vom 25. Januar 2014

Das Protokoll der 10. Vollversammlung vom 25. Januar 2014 wird ohne Gegenstimme abgenommen.

4. Informationen aus der Fachgruppe SÖW

Luca Fasnacht, Leiter der Fachgruppe SÖW, gab einen kurzen Überblick über die aktuellen Aufgaben seiner Fachgruppe.

Die regionspezifischen Zusatzfragen wurden vom BFE zum Teil nicht befriedigend beantwortet. Deshalb hat die Fachgruppe eine Liste offener Fragen erstellt und diese wieder dem BFE übergeben.

Vor allem die Zusatzfrage „Entwicklungsstrategien“ beschäftigt die Fachgruppe. Es geht dabei darum, eine Strategie zu erarbeiten, wie sich die Region im Falle dass das Tiefenlager in's Weinland kommt, möglichst vorteilhaft weiterentwickelt. Die Fachgruppe ist sich ebenfalls bewusst, dass es ihr sowohl an politischer Legitimation als auch an fachlicher Kompetenz fehlt. Sie arbeitet deshalb mit dem Büro BHP Zürich zusammen um eine Szenario-Analyse zu erstellen, um ungefähr eine Vorstellung zu erhalten welche Entwicklungstreiber für unsere Region besonders relevant sind, wie die durch ein Tiefenlager beeinflusst werden könnten und welche unterschiedlichen Entwicklungsszenarien dementsprechend für unsere Region vorstellbar wären. Diese Studie sollte Juni/Juli 2014 vorliegen.

Eine weitere wichtige Frage ist die Entschädigung, Abgeltungs- und Kompensationsmassnahmen des Bundes. Die Fachgruppe wartet auf die Antwort des Bundesrates betreffend dem Postulat der Nationalrätlichen UREK. Darin soll vor allem die Rechtslage abgeklärt werden.

Störfälle gehören auch zu den Fragen der Fachgruppe. Zusammen mit der Fachgruppe Sicherheit wurde ein Fragenkatalog zu Störfallszenarien zusammengestellt, um Laien eine Vorstellung von der Gefährlichkeit des Materials zu geben. Der Katalog wurde kürzlich im „Technischen Forum Sicherheit“ vorgestellt und die Fachgruppe wartet gespannt auf die Antworten.

Die Fachgruppe beschäftigt sich zur Zeit ebenfalls intensiv mit der Planungsstudie „SÖW 2“. In den beiden Arbeitsgruppen „Raumplanung“ und „Begleitteam“ wirken auch unsere Vertreter mit. In diese Planungsstudie soll ein konkreter Standort an der Oberfläche einfließen.

Um den Gesamtzusammenhang darzustellen, sollen die Ergebnisse der drei Bereiche (SÖW Studie, Zusatzfragen SÖW, Gesellschaftsstudie) gemäss BFE in einem Synthesebericht zusammengestellt werden. Aufgrund der Verzögerungen bei der WTO-Ausschreibung, ist die Berücksichtigung der „Gesellschaftsstudie“ im Synthesebericht momentan in Frage gestellt. Das BFE wird im Antrag der FG SÖW aufgefordert, aufzuzeigen, wie die Gesellschaftsstudie in den Synthesebericht einfliesst. Das BFE hat dabei zu gewährleisten, dass die Ergebnisse der Gesellschaftsstudie im Synthesebericht umfassend berücksichtigt werden.

Der Antrag der FG SÖW „Berücksichtigung der Gesellschaftsstudie im Synthesebereich“ (siehe Anhang 1) wird einstimmig gutgeheissen.



5. Planungsstudie der Nagra – Möglicher Standort einer Oberflächenanlage

Dr. Markus Fritschi (Nagra) dankt der Fachgruppe OFA für die konstruktive Zusammenarbeit und informiert über das Zusammenkommen dieser Studie.

Thomas Fries, Ressortleiter Ingenieurwesen der Nagra stellt die Planungsstudie vor. Der Bericht ist in sechs Kapitel und drei mögliche Tiefenlager (SMA, HAA und Kombi) aufgeteilt. Der Zwischenbericht der Fachgruppe OFA wurde möglichst berücksichtigt. Der genaue Verlauf der Wasserscheide wird entscheiden, ob der vorgeschlagene Standort beibehalten wird oder noch ändert.

Die parzellenscharfe Abbildung eines Kombilagers (ZNO 6b) befindet sich zwischen dem „Bergholz“ und dem „Isenbuck“ siehe Anhang 2. Die dafür benötigte Fläche beträgt bei einer HAA oder Kombi-Anlage 8 ha, davon 3,4 ha Wald (eine SMA-Anlage würde 5,6 ha davon 2,8 ha Wald benötigen).

Weitere Einzelheiten entnehmen sie bitte den Arbeitsberichten 14-27 (SMA), 14-28 (HAA) und 14-29 (Kombi).

Der Vorsitzende gab nun Thomas Flüeler (Kt. Zürich) und Stefan Jordi (BFE) die Möglichkeit zur Planungsstudie Stellung zu nehmen.

Thomas Flüeler bedankte sich bei der FG OFA für die gute und konstruktive Zusammenarbeit. Er betonte nochmals, dass das Grundwasser nicht tangiert werden dürfe, deshalb sei eine Voruntersuchung der Nagra über den Verlauf der Wasserscheide zwischen Marthalen und Rheinau unabdinglich.

Stefan Jordi vom BFE informierte über den Stand betreffend Entschädigungen, Abgeltungen und Kompensationen der betroffenen Grundeigentümer. Im Moment betrifft es nur das Standortgebiet ZNO-6b, allen übrigen Grundeigentümer werden durch das BFE schriftlich informiert.

Schäden während der Bau- und Betriebszeit sind im Kernenergiegesetz geregelt.

Der genaue Ablauf und Umfang von Etappe 3 wird an einer Koordinationssitzung vorgestellt und diskutiert.

Im Spätherbst 2014 wird SÖW Teil 2 vorgestellt. Ende 2014 wird die Nagra die verbleibenden Regionen (mindestens zwei Standortgebiete pro Lagertyp) bekanntgeben.

2015 müssen alle Regionalkonferenzen eine Gesamtbeurteilung abgeben. Darin muss ersichtlich sein, ob alle Forderungen der RK in die Planungsstudie der Nagra eingeflossen sind und ob alle Fragen zufriedenstellend beantwortet wurden.

6. Fragen und Diskussion im Plenum

Der eindrückliche Vortrag muss zuerst durch die Anwesenden verarbeitet werden – keine Fragen und keine Diskussion.

7. Regierungsrat Markus Kägi

Zitat aus Rede: Herzlichen Dank an Alle, vor allem der Fachgruppe Oberflächenanlagen. Am 25. Januar 2014 haben Sie den Perimeter „Isenbuck/Berg“ als mögliches



Standortareal für eine Oberflächenanlage bestimmt. Es freut mich sehr, dass es Ihnen ebenfalls sehr wichtig ist, die Grundwasservorkommen möglichst nicht zu tangieren. Mit der Zusammenarbeit zwischen der Nagra, dem Kanton und der Region ist ein Musterbeispiel entstanden, wie es laufen sollte.

Mit dem Vorschlag des Perimeters ist natürlich noch nichts festgelegt, denn entscheidend ist nach wie vor, was im Untergrund passiert, und dort – aber nicht **nur** dort – spielt die Sicherheit die wichtigste Rolle.

Was mir am ZNO und Ihrer Arbeit auch gefällt, ist die Unbeirrbarkeit, das Festhalten an einer kritischen und qualitativ hochstehenden Arbeit, ohne sich unter Druck setzen zu lassen.

Mit dem engen Zeitplan können wir nur deswegen umgehen, weil wir wissen, dass das Schwierige viel Zeit braucht. Wir wollen kein zweites Kölliken, wo eine Generation, in diesem Fall unsere eigene, den undankbaren Job gefasst hat, die Sünden der früheren Generationen auszubaden und eine riesige Giftmülldeponie auszuheben. Es muss etwas entstehen, das wir der nächsten Generation mit gutem Gewissen übergeben können. Es darf bei unseren Nachkommen auf keinen Fall den Eindruck entstehen, wir hätten pro forma etwas zusammengebastelt oder es sei nur ums Hinauszögern gegangen.

Bei der Sicherheit sind wir mit der Frage nach dem Inhalt konfrontiert. Jeder will Sicherheit, aber was bedeutet sie vor Ort? Das wird derzeit in unzähligen Studien und Sitzungen erarbeitet. Den wissenschaftlichen Beweis, dass Sicherheit vorliegt, können wir frühestens nach Zehntausenden von Jahren erbringen. Aus der Unmöglichkeit, Sicherheit jetzt schon als beweisbare Tatsache darzustellen, darf allerdings nicht abgeleitet, das Zwiilag in Würenlingen sei die beste Wahl. Denn dort ist nur eines sicher: die nächste Eiszeit innerhalb von vielleicht 30'000 Jahren. An der Oberfläche herrscht ganz sicher weniger Sicherheit als im Untergrund.

Das Ziel des Sachplanverfahrens ist, die verschiedenen Standortregionen untereinander vergleichbar zu machen.

Die Frage, wie wir die Intaktheit des Gesteins gewährleisten, wenn wir ein Loch hineinbohren, ist einer der Kernpunkte. Im Untergrund möglichst wenig Schaden anzurichten, ist sicherheitsmässig relevant. Die entsprechenden technischen Verfahren existieren allerdings noch nicht, und wir sollten das gezielter und möglichst schnell angehen, zum Beispiel bereits im Forschungslabor Mont Terri. Denn das ist nach meiner Meinung eine Frage, die weiter vorne im Zeitplan beantwortet werden muss.

Auch die Frage der Entschädigung der betroffenen Grundeigentümer, wie Sie ebenfalls im Zwischenbericht gefordert haben, ist wichtig. Es macht keinen Sinn, Entschädigungen auszuzahlen, wenn noch gar nicht entschieden ist, ob der Schadenfall überhaupt eintritt. Wenn aber der Fall eintritt, dass jemand eine Investition tätigt und dann durch den Standortentscheid geschädigt wird, dann müssen wir bereit sein, diese Investition zurückzuerstatten. Die Investitionssicherheit ist also gewährleistet, dass jetzt schon Geld ausbezahlt wird, kann daraus aber nicht abgeleitet werden.



8. Podiumsdiskussion mit Markus Kägi, Jürg Grau, Barbara Nägeli und Jürg Rasi

Der Moderator, Wälz Studer von Radio Munot, eröffnete die Diskussion mit der Frage: Wo stehen wir nach 2 Jahren Standortsuche? Er gab die Zahlen 1, am Anfang, bis 100, am Ende, vor. Jürg Grau legte sich bei 30, Barbara Nägeli bei 30 – 40, Regierungsrat Markus Kägi bei 17 und Jürg Rasi bei 10 fest mit der Feststellung, dass das BFE den Zeitplan weiterhin hinausschiebt wie bis anhin.

Jürg Rasi betont, dass sie die einzigen Betroffenen sind. Es ist ihm aufgefallen und hat ihm auch zu denken gegeben, dass an den Vollversammlungen sehr wenig kritische Fragen gestellt werden. Er habe ebenfalls Mühe, dass so ein grosser Aufwand in den Regionen betrieben werde, in zwei Jahren fallen Einige weg und der ganze Aufwand dieser Regionen war umsonst.

Auf die Frage, ob er einen positiven oder negativen Eindruck von der Arbeit der Fachgruppe OFA erhalten habe, antwortete Jürg Rasi eher zurückhaltend. Er nehme das persönlich und sei enttäuscht über die Auswahl des Perimeters, der zwar seinen Hof nicht tangiere, aber den Grossteil seines Besitzes.

Kritische Experten wie Professor Wildi fordern, so Wälz Studer, dass möglichst rasch ein Endlager gefunden werden muss, während sich die Politiker eher Zeit lassen. Barbara Nägeli findet es nötig und richtig, dass alle in Frage kommenden Regionen mit den gleichen Massstäben gemessen werden. Sie ist jedoch auch der Meinung, dass die Entscheidung nicht hinausgeschoben werden darf.

Auf die Frage des Moderators was eigentlich die Regierung des Kantons Zürich mache, antwortete Regierungsrat Markus Kägi: Die Zürcher Regierung will eine Vergleichbarkeit und ist nicht der gleichen Meinung wie Professor Wildi, dass der Standort des Endlagers nur im Zürcher Weinland sein kann. Nur weil der Untergrund geeignet wäre ist kein Grund für eine Standortwahl, die Sicherheit und nur die Sicherheit ist massgebend. Es gibt keine 100-prozentige Sicherheit, aber man muss versuchen, möglichst nahe an diese heranzukommen und das braucht halt seine Zeit. Wir müssen das begonnene Verfahren kontinuierlich und seriös weiterziehen, ihm komme es nicht auf fünf oder zehn Jahre nicht an, das einzige was zählt ist die Sicherheit.

Der Moderator zitiert nochmals Professor Wildi: Wir müssen nichts mehr abklären, die Nagra hat das bereits ausführlich gemacht, der Standort des Endlagers kann nur das Zürcher Weinland sein, es ist der einzige Ort, der über die geeignete Opalinuston-schicht verfügt. Es sei also keine technische Frage mehr, sondern eine politische und das Zürcher Weinland leiste am wenigsten Widerstand und deshalb käme es dorthin. Regierungsrat Markus Kägi entgegnete, dass es keine politische Frage sei, meine Damen und Herren, das Endlager sei nicht verhandelbar. Er sei nicht bereit der Sicherheit etwas entgegen zu stellen. Er wolle die geologischen Untersuchungen und Gutachten auf dem Tisch haben, um zu entscheiden, ob das Zürcher Weinland wirklich der geeignetste Ort in der Schweiz sei.

Jürg Rasi fordert mehr Mitbestimmungs- und Vetorecht. Es könne doch nicht sein, dass die Politiker über die Köpfe der Weinländer Bevölkerung hinweg eine Entscheidung treffen können. Wie würde ich reagieren? Er versetze sich immer in die Lage



der Betroffenen, so Regierungsrat Markus Kägi. Wenn die Untersuchungen der Geologen zum Schluss kommen, dass es jetzt halt leider ihr Grundstück betrifft, Herr Rasi, wie würden Sie dann darauf reagieren? Wenn es dann halt so ist, so Jürg Rasi, müsste ich es wohl oder übel akzeptieren, die Weinländer Bevölkerung habe schon immer Verantwortung übernommen und sich noch nie vor der Verantwortung gedrückt. So wie es im Moment läuft, gehe es einfach nicht. Es könne doch nicht sein, dass ein Gremium wie die Nagra praktisch im Alleingang bestimmen kann, was richtig oder falsch sei. Beim Thema Grundwasser hat sie einfach einen technischen Bericht herausgegeben, dass es kein Problem sei, eine Oberflächenanlage über dem Grundwasser zu bauen. Man müsste die Nagra viel mehr in die Verantwortung nehmen, dass sie uns solche Berichte nicht mehr bringen sollte. Genau, so Markus Kägi, wer hat darauf geschaut, wer hat der Nagra gesagt so nicht, das muss noch genauer untersucht werden, das war der Kanton Zürich. Wir akzeptieren nicht alles, was von der Nagra kommt, wir prüfen alles mit eigenen Spezialisten, wie zum Beispiel Dr. Thomas Flüeler.

Am letzten Dienstag hat Professor Wildi gesagt, hier und nirgends anders muss das Endlager hin. Frau Nägeli, sie als Gemeindepräsidentin von Marthalen, so Wälz Studer, wie reagieren sie auf solche Aussagen? Wir wollten eigentlich kritische Referenten, was aber mit Professor Wildi's Aussagen nicht stimmte. Ich habe sowieso keine Entscheidungen zu treffen, das ist Sache des gesamten Gemeinderates. Wir haben uns gegen ein Endlager ausgesprochen, sollten jedoch die Experten von Bund und Kantonen der Auffassung sein, dass das Zürcher Weinland der sicherste Ort wäre, würden wir uns diesem Urteil fügen. Deshalb fordern wir auch, dass alle möglichen Standorte genauestens miteinander verglichen werden, damit wirklich am sichersten Ort das Endlager gebaut werden soll.

Der Moderator möchte noch eine Stellungnahme des Präsidenten der Regionalkonferenz, Jürg Grau. Ich habe Professor Wildi von einer anderen Seite kennengelernt, so Jürg Grau, wenn wir das machen, was Professor Wildi vorschlägt, dann gehen wir mindestens zwanzig Jahre zurück. Erinnern wir uns vor drei Jahren, für was braucht es eine Regionalkonferenz, für was braucht es eine regionale Partizipation, ihr könnt höchstens die Farbe der Eingangstüre bestimmen. Damals haben wir begonnen zu hinterfragen, ohne Entscheidungen zu treffen. Wir haben vom BFE ein Budget bekommen, welches uns erlaubt externe Experten zu Vorträgen und Diskussionen einzuladen. Wir konnten als Laien „dumme“ Fragen stellen, ohne belächelt zu werden, man begann uns ernst zu nehmen. Wir haben unseren Standortvorschlag sorgfältig ausgesucht, unter Berücksichtigung aller Vor- und Nachteile. Die Nagra die Rahmenbedingungen der Regionalkonferenz weitgehend berücksichtigt.

9. Einbezug der Delegierten

Martina Munz aus dem Publikum fragt: Weshalb die Frage der Sicherheit nur auf dem geologischen Standpunkt basiert. Weshalb wird bei einem eventuellen Störfall nicht die Dichte der Bevölkerung ebenfalls berücksichtigt? Markus Kägi stellt entschieden fest, dass die Schweiz die Verantwortung nicht abschieben kann, sie kann ihren Atommüll nicht einfach in's Ausland verlagern und dann ist das Problem gelöst, nein das Material ist dermassen über lange Zeit lebensgefährlich, dass wir selbst, auf unserem Grund und Boden eine Lösung suchen müssen.



Auf die verschiedenen Fragen nach einem kantonalen oder regionalen Vetorecht gibt Markus Kägi die unmissverständliche Antwort, dass es sich beim Atommüll um nationale Wichtigkeit gehe. Es könne nicht sein, dass einzelne Regionen oder Kantone einfach ihr Veto einlegen können „bei uns nicht“. Niemand will das Endlager, aber der Müll muss für tausende von Jahren entsorgt werden. Der Standort kann nur in der Schweiz und am sichersten Ort sein.

10. Varia

Der Vorsitzende informiert über die anderen Regionen.

- Südranden: Das BFE organisierte letzten Samstag für die Bevölkerung eine Besichtigung vor Ort der möglichen Oberflächenanlage unter Mitwirkung von BFE, Nagra, Ensi, Forum Vera, Klar und Mitgliedern der Regionalkonferenz (In der Regionalkonferenz Zürich Nordost wird diese Veranstaltung am 3. Juli 2014 durchgeführt).
- Nördlich Lägern: Die Planungsstudie wird nächste Woche vorgestellt.

Da Neuwahlen in den Gemeinden stattgefunden haben, sind im Moment alle damit beschäftigt, wie der Wissensstand sichergestellt werden kann.

Termine 2014

Vollversammlungen

18.09.2014	Donnerstag	12. Vollversammlung	19.00 Uhr	AZA Andelfingen
15.11.2014	Samstag	13. Vollversammlung	09.00 Uhr	AZA Andelfingen

Leitungsgruppe

11.06.2014	Mittwoch	21. Leitungsgruppensitzung	17.15 Uhr	Feuerthalen
21.08.2014	Donnerstag	22. Leitungsgruppensitzung	17.15 Uhr	Feuerthalen
21.10.2014	Dienstag	23. Leitungsgruppensitzung	17.15 Uhr	Feuerthalen

Fachgruppe OFA

Fachgruppe SÖW

26.05.2014	Montag	17. Fachgruppensitzung	19.00 Uhr	FwZ Marthalen
02.06.2014	Montag	18. Fachgruppensitzung	19.00 Uhr	FwZ Marthalen
07.07.2014	Montag	19. Fachgruppensitzung	19.00 Uhr	FwZ Marthalen

Fachgruppe SI

04.06.2014	Mittwoch	19. Fachgruppensitzung	19.15 Uhr	FwZ Marthalen
04.07.2014	Freitag	20. Fachgruppensitzung	19.15 Uhr	FwZ Marthalen
10.09.2014	Mittwoch	21. Fachgruppensitzung	19.15 Uhr	FwZ Marthalen
29.10.2014	Mittwoch	22. Fachgruppensitzung	19.15 Uhr	FwZ Marthalen
26.11.2014	Mittwoch	23. Fachgruppensitzung	19.15 Uhr	FwZ Marthalen



Anhang 1

Fachgruppe SÖW Zürich Nordost, 18.02.14

Antrag aus der Fachgruppe SÖW:

Berücksichtigung der Gesellschaftsstudie im Synthesebericht

Ausgangslage

Der Ausschuss der Kantone hat im Juli 2012 beschlossen, dass mittels «Gesellschaftsstudie» die sozialen Folgen und mögliche Image-Effekte der Standortwahl für ein geologisches Tiefenlager auf die Standortregionen genauer untersucht werden sollen. Damit wurde, neben den Interessen der Kantone, auch dem Anliegen der Regionalkonferenz ZNO nach weiteren Untersuchungen zu den, für die Region zentralen, weichen Faktoren weitestgehend entsprochen. Um den Gesamtzusammenhang darzustellen, sollen die Ergebnisse der drei Bereiche (SÖW Studie, Zusatzfragen SÖW, Gesellschaftsstudie) gemäss BFE in einem Synthesebericht zusammengestellt werden.

Aufgrund der Verzögerungen bei der WTO-Ausschreibung, ist die Berücksichtigung der «Gesellschaftsstudie» im Synthesebericht momentan in Frage gestellt.

Antrag

Das BFE wird aufgefordert, aufzuzeigen, wie die Gesellschaftsstudie in den Synthesebericht einfließt. Das BFE hat dabei zu gewährleisten, dass die Ergebnisse der Gesellschaftsstudie im Synthesebericht umfassend berücksichtigt werden.